



Bayerische und baden-württembergische Universitäten weisen Kritik an der DFG zurück

Im Rahmen ihrer jährlichen gemeinsamen Sitzung haben sich die bayerischen und baden-württembergischen Universitätsrektoren und -präsidenten am 8. Juli 2011 mit der Kritik an der DFG befasst, die laut Presseberichten in einer Veranstaltung des „Instituts für Textkritik“ am 1. Juli 2011 in Berlin geäußert wurde. Bereits durch den Titel der Veranstaltung wurde unterstellt, die DFG betreibe eine „geheime Wissenschaftsförderung“, die im Gegensatz zu einer freien Wissenschaft stünde. Die Vortragenden stellen in den Titeln ihrer Beiträge Behauptungen auf, dass das Erscheinungsbild der DFG beklagenswert sei, sie eine undurchsichtige Wissenschaftslenkung betreibe, die quasi im rechtsfreien Raum stattfinde.

Die Universitätsleitungen halten dies für unsachliche Polemik von wenigen Einzelpersonen, die weder ihre Institutionen noch einen substantiellen Teil der in Deutschland tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler repräsentierten.

Die Rektoren und Präsidenten halten fest, dass die Deutsche Forschungsgemeinschaft eine herausragende Einrichtung ist, die eine wesentliche Grundlage der universitären Forschung bildet. Sie ist eine der Errungenschaften, die die Entwicklung und den heutigen hohen internationalen Stellenwert der Forschung nachhaltig entwickelt und gefördert hat. Dies gilt vor allem für das auf die Qualität unabhängiger Gutachter gestützte Normalverfahren als Schwerpunkt der Förderaufgaben der DFG, zu dem jeder Wissenschaftler Zugang hat. Dieses Verfahren muss auch künftig im Zentrum der DFG-Förderung stehen. Im Gegensatz zur Programmforschung des Bundes, in der die Schwerpunkte politisch gesetzt werden, ist die DFG eine Selbststeuerungsorganisation der Wissenschaft, deren Mitglieder – nämlich im wesentlichen die Universitäten – über die Mitgliederversammlung des Vereins den Rahmen für dessen Handeln festlegen. Die Mitgliederversammlung wählt den Senat der DFG als zentrales wissenschaftspolitisches Gremium der DFG aufgrund von Vorschlägen der Mitgliedsinstitutionen und der akademischen Fachgesellschaften. Dies ist kein intransparentes Verfahren oder „Kungelei“, wie laut Presseberichten unterstellt wird. Die DFG entwickelt sich zudem wie jede Institution ständig weiter; die baden-württembergischen und bayerischen Universitäten setzen sich in den Gremien der

DFG dafür ein, dass die Transparenz ihrer Entscheidungen, insbesondere bei den Begutachtungsverfahren, noch weiter gesteigert wird. Im Interesse der Wissenschaftlichkeit hat es sich auch bewährt, die Mitgliedschaft in der DFG auf Wissenschaftseinrichtungen zu beschränken und nicht durch spezifische Interessengruppen zu ergänzen.

Die bayerischen und baden-württembergischen Universitäten sprechen sich mit allem Nachdruck für den Erhalt und den Ausbau der DFG aus, die auch international ein Alleinstellungsmerkmal des deutschen Wissenschaftssystems darstellt.